

1. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz.

9. Juli 1949.

Bundeskanzler Dr. h. c. Ing. F i g l zum Fall Kompain.309/A.B.
zu 351/JA n f r a g e b e a n t w o r t u n g.

Bundeskanzler Dr. h. c. Ing. F i g l teilt auf eine von den Abg. P e t e r h-
n i k und Genossen am 9. Juni d. J. wegen der Verurteilung des verant-
wortlichen Redakteurs des "Volkswillen", Simon Kompain, eingebrachte Anfrage
nachstehendes mit:

Die Bundesregierung hat, so lange die Militärgerichtsbarkeit der
Besatzungsmacht andauert, keinerlei Möglichkeit, Verurteilungen durch die
Militärgerichte der Besatzungsmächte zu verhindern.

Im gegenständlichen Fall handelt es sich nicht um ein Einschreiten
eines Militärgerichtes wegen eines in der Presse erschienenen Artikels,
sondern um eine Verurteilung wegen Nichtbefolgung einer Vorladung vor ein
britisches Militärgericht.

Das Einschreiten alliierter Militärgerichte gegen österreichische
Staatsbürger ergibt sich aus der Fortdauer der Besetzung Österreichs, gegen
die sowohl das österreichische Parlament wie die österreichische Bundesre-
gierung - bisher vergeblich - Vorstellungen erhoben haben.

Im übrigen darf ich als bekannt voraussetzen, dass der verantwortliche
Redakteur kurz nach Einbringung der Anfrage in Freiheit gesetzt worden ist.

-.-.-.-